

STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Beschluss-Nr:	Status	Datum	Wahlperiode
1082/2024/1.2	öffentlich	27.02.2024	2021 - 2026
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Schließung des DB- Fahrkartenschalters; Antrag auf Resolution der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.01.2024			
<u>Beratungsfolge:</u>			
17.04.2024	Verwaltungsausschuss		nicht öffentlich
23.04.2024	Rat der Stadt Norden		öffentlich
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u>		<u>Organisationseinheit:</u>	
Reemts, 1.2		Organisation und IT	

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt:

Der Bürgermeister und der Rat der Stadt Norden setzten sich dafür ein, dass der DB- Fahrkartenschalter weiterhin für die Bürger und den Urlaubsgästen der Stadt erhalten bleibt.

Sach- und Rechtslage:

1. Kurzfassung

Mit Schreiben vom 02.01.2024 beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Resolution für den Erhalt des DB-Fahrkartenschalters am Norder Bahnhof.

2. Aufgabe

2.1 Gegenwärtige Position

Am Bahnhof/ZOB befindet sich aktuell ein personenbetriebener Fahrkartenschalter, an dem sich Bahnreisende Tickets kaufen können.

2.2 Grund oder Anlass für Entscheidungs- und Handlungsbedarf

Die DB plant, laut des Ratsmitgliedes Fischer-Joost, die Schließung des Fahrkartenschalters am Norder Bahnhof/ZOB.

2.3 Darüber soll entschieden werden

Ob der Rat der Stadt Norden eine Resolution gegen die Schließung des DB-Fahrkartenschalters vornimmt.

2.4 Handelt es sich um eine freiwillige Maßnahme

-

3. Ziele und Rahmenbedingungen

3.1 Ziele

Wunsch ist der Erhalt des DB-Fahrkartenschalters.

3.2 Ggf. Rahmenbedingungen

-

4. Lösungen

4.1 Lösungen und Alternativen

-

4.2 Ggf. Belege, Zahlen, Fakten (Finanzielle/Personelle Auswirkungen/Folgekosten)

-

5. Vorschlag

5.1 Favorisierte Lösungen

Der Rat der Stadt Norden beschließt eine Resolution zum Erhalt des DB-Fahrkartenschalters.

5.2 Wichtige Gründe dafür

-

5.3 Gründe dagegen

-

5.4 Ggf. Chancen und Risiken

-

6. Umsetzung

6.1 Nächste Schritte

Ein Resolutionstext wird an die DB, das Nds. Wirtschaftsministerium, den Landkreis Aurich, sowie an den MdB Saathoff und an den MdL Arends weitergeleitet.

6.2 Maßnahmen, um Entscheidung abzusichern

-